

Stenographisches Protokoll

über die

4. Sitzung des steierm. Landtages am 4. December 1873.

Inhalt:

Mittheilung über die Aufnahme der an das Allerhöchste Hoflager entsendeten Landtags-Deputation zur Ueberbringung der Glückwünsche anlässlich des Regierungs-Jubiläums Sr. Majestät.

Zuschrift des akademischen Lesevereins, enthaltend eine Einladung zum Besuche der Vereinslocalitäten für die Mitglieder des Landtages.

Verhinderungsanzeigen.

Petitionen und deren Zuweisung an die betreffenden Ausschüsse.

Ankündigung der Interpellationen:

1. Des Abgeordneten Bärnseind, bezüglich der Nichtbekleidung von Verwaltungsrathstellen bei Privat-Associationen von Seite der k. k. Beamten im activen Dienste;
2. des Abgeordneten Dr. Heilsberg, betreffend die Grundsteuer-Regulirung.

Begründung der Anträge:

1. Des Abgeordneten Szj und Genossen, betreffend die Herstellung der Eisenbahnlinien Wien-Wiener und Knittelfeld-Japfeth, sowie der Salzkammergutbahn (Beilage Nr. 38);
2. des Abgeordneten Freiherrn v. Bischoff wegen Revision der Dienstboten-Ordnung (Beilage Nr. 39).

Zuweisung von Berichten des Landes-Ausschusses:

- I. An den Unterrichts-Ausschuß:
über den Beschluß des Landtages vom 5. December 1872, bezüglich einer Revision des organischen Statuts für die landschaftlichen Bürgerschulen (Beilage Nr. 35).
- II. An den (zu wählenden) Landescultur-Ausschuß:
 - a) über die von einer Enquete-Commission erstatteten Vorschläge in Betreff der Landes-Ackerbauschule in Grottenhof (Beilage Nr. 16);
 - b) über die Anstellung von Thierärzten und über die Revision des Gesetzes vom 10. December 1868, betreffend die Hebung der Rindviehzucht (Beilage Nr. 15).
- III. An den Finanz-Ausschuß:
bezüglich der Uebernahme der Beiträge der Dorflager-Besitzer

zu den Kosten der Ennsregulirung auf den Landesfond (Beilage Nr. 7).

IV. An den Straßen-Ausschuß:

wegen Regulirung des Rauthwefens (Beilage Nr. 8).

Annahme der vom Landes-Ausschusse beantragten Gesetzentwürfe:

1. über die Trennung der Gemeinde Hohenegg (Beilage Nr. 12);
2. über die Trennung der Ortsgemeinde Johnsdorf (Beilage Nr. 13);
3. betreffend die Bewilligung zur Einhebung einer Umlage pro 1873 für die Bezirksvertretung Mureck (Beilage Nr. 20);
4. betreffend die Bewilligung zur Einhebung einer Umlage pro 1873 für die Gemeinden Radmer und Aufsee (Beilage Nr. 21);
5. betreffend die Bewilligung einer Gebühr für die ausdrückliche Aufnahme in den Heimatverband für die Gemeinden Krottendorf, Leitring, Götting, W.-Hartmannsdorf und Deb und Otendorf (Beilage Nr. 22);
6. über die Trennung der Gemeinde Schönstein (Beilage Nr. 23);
7. bezüglich der Bewilligung zur Einhebung einer Umlage pro 1874 für die Gemeinde Aufsee (Beilage Nr. 24);
8. bezüglich der Einführung einer Hundesteuer in der Gemeinde Götting (Beilage Nr. 29);
9. betreffs Bewilligung zur Einhebung einer Umlage pro 1872 für die Bezirksvertretung Maria-Zell (Beilage Nr. 30);
10. betreffs Bewilligung zur Einhebung einer Umlage pro 1873 und 1874 für die Bezirksvertretung Stainz (Beilage Nr. 31).

Einbringung der Regierungsvorlage, enthaltend einen Gesetzentwurf, womit der 1. Absatz des § 11 des für Steiermark erlassenen Realschulgesetzes vom 8. Jänner 1870 abgeändert wird (Beilage Nr. 54).

Antrag des Abgeordneten Grafen Platz und Genossen wegen Niederlegung eines Sonder-Ausschusses zur Berichterstattung in Betreff der überhandnehmenden öffentlichen Unsicherheit (Beilage Nr. 53).

18 Beilagen: Nr. 38, 39, 35, 16, 7, 8, 15, 12, 13, 20, 21, 22, 23, 24, 29, 30, 31, 54.

Beginn der Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten.

Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. Moriz Edler v. Kaiserfeld; theilweise der Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Edler v. Neupauer.

Schriftführer: Dr. v. Karajan und Freiherr v. Walterskirchen.

Von Seite der Regierung anwesend: Statthalter Freiherr v. Rübeck.

Landeshauptmann: Das Haus ist beschlußfähig.

Ich erkläre die Sitzung für eröffnet und ersuche den Herrn Schriftführer um die Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung. (Schriftführer Freiherr v. Walterskirchen verliest daselbe. — Nach der Verlesung:) Wird gegen die Fassung des Protokolles eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Da dieß nicht der Fall ist, erkläre ich daselbe für genehmigt.

Ich habe dem hohen Hause (Die Versammlung erhebt sich) Namens der von Ihnen an das A. H. Hoflager entsendeten Deputation über die Aufnahme, welche dieselbe gefunden hat, zu referiren.

Nachdem ich die Gefühle unwandelbarer Treue und dankbarer Anhänglichkeit, von welchem der Landtag und alle Bewohner der Steiermark beseelt sind, und die Wünsche des Landes für das Wohl Sr. Majestät in ehrfurchtsvoller Weise ausgesprochen hatte, geruhten Se. Majestät folgende Antwort zu ertheilen (liest):

„Die Glückwünsche zum 25. Jahrestage Meines Regierungsantrittes, sowie die Versicherung treuer Ergebenheit, die Sie Mir im Namen Meines Herzogthumes Steiermark aussprechen, sind Meinem Herzen wohlthuend.“

„Seien Sie versichert, daß Mir die Wohlfahrt Ihres schönen Landes, in dessen Bergen Ich so gerne verweile, und das immer mit fester Anhänglichkeit treu zu Meinem Hause und der Monarchie stand, ganz besonders am Herzen liegt, und überbringen Sie dem Landtage Meinen Gruß und Dank für seine loyale Rundgebung.“ (Allgemeiner Beifall.)

Nachdem ich noch Sr. Majestät von dem Beschlusse des Landtages: zur bleibenden Erinnerung Allerhöchst Dessen Regierungs-Antritts Stipendien für dürftige Steiermärker an allen kaiserlichen und landschaftlichen Mittelschulen und an der Hochschule des Landes zu gründen, Kenntniß gegeben und die Bitte um Gestattung, daß diese Stiftung Allerhöchst Ihren

Namen führen dürfe, beigefügt, geruhten Se. Majestät diese Gestattung gnädigst zu ertheilen und in warmen Worten die auf die Förderung des Unterrichtes gerichtete Thätigkeit des steiermärkischen Landtages anzuerkennen. (Bravo! Bravo!)

Ich habe die Ueberzeugung, daß die hohe Versammlung diese gnädige Aufnahme ihrer Deputation mit Freuden zur Kenntniß nehmen wird. (Beifall.)

Es ist mir eine Zuschrift des akademischen Lesevereines zu Graz zugekommen folgenden Inhaltes (liest:)

„Hoher steiermärkischer Landtag!

Der Ausschuß des akademischen Lesevereines gibt sich hiemit die Ehre, die Mitglieder des hohen Landtages zu einem Besuche der Vereinslocalitäten, in denen circa 400 der verschiedensten Zeitschriften und Tagesblätter aufliegen, ergebenst einzuladen. Graz, am 3. December 1873.

Joh. Souvan

Karl Ploberger

d. z. Präses.

d. z. Schriftführer.“

Abgeordneter Dr. Rechbauer ist durch seine Geschäfte als Präsident des Abgeordnetenhauses abgehalten, der heutigen und den nächsten Sitzungen beizuwohnen.

Abgeordneter Liebl hat mir angezeigt, daß er vor dem 9. December im Landtage nicht erscheinen könne, weil er noch immer durch seine Krankheit verhindert ist, die Reise anzutreten.

Abgeordneter Freiherr von Gudenus hat sich entschuldigt, daß er vor dem 6. December im Landtage nicht erscheinen könne, weil er durch unaufschiebbare Geschäfte daran verhindert ist.

Abgeordneter Dr. Portugall hat seine Abwesenheit für die heutige Sitzung wegen Geschäfte entschuldigt.

Abgeordneter Dr. Wretschko, dessen Abwesenheit in Dienstesangelegenheiten entschuldigt wurde, ist bereits eingetroffen.

Aufgelegt wurden:

Das Protokoll der 1. Sitzung.

Das Protokoll der 2. Sitzung.

Das stenographische Protokoll der 2. Sitzung.

Das stenographische Protokoll der 3. Sitzung.

Der Rechnungs-Abschluß des allgemeinen steiermärkischen Schullehrer-Pensionsfondes für das Verwaltungsjahr 1872. (Beilage Nr. 36.)

Der Antrag des Abgeordneten Szj und Genossen, die Herstellung der Eisenbahnlinien Wien-Möbi und Knittelfeld-Zaprestitz, sowie der Salzammergut-Bahn betreffend. (Beilage Nr. 38.)

Der Antrag des Abgeordneten Freiherrn v. Zschock und Genossen, betreffend die Revision der Dienstboten-Ordnung vom 30. Jänner 1857. (Beilage Nr. 39.)

Der Bericht des Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, womit der Bezirksvertretung Deutsch-Landsberg eine 38percentige Bezirksumlage bewilligt wird. (Beilage Nr. 40.)

Der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes womit der Gemeinde Radmer im Gerichtsbezirke Eisenerz die Erhebung einer 98percentigen Umlage auf die directen Steuern zur Deckung der Gemeinde-Erfordernisse pro 1874 bewilligt werden soll. (Beilage Nr. 41.)

Bericht des Landes-Ausschusses wegen Bewilligung zur Leistung eines Beitrages aus Landesmitteln zur Herstellung der Stainz-Wald-Troger Straße. (Beilage Nr. 42.)

Bericht des Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, womit einige Bestimmungen der Gemeinde-Ordnung für die Landeshauptstadt Graz abgeändert werden. (Beilage Nr. 43.)

Bericht des Landes-Ausschusses mit dem Antrage auf Genehmigung der Veräußerung eines Gemeinde-Vermögens der Stadtgemeinde Graz. (Beilage Nr. 44.)

Anträge des Finanz-Ausschusses zum Voranschlage für das Jahr 1874. (Beilage Nr. 45.)

Anträge des Finanz-Ausschusses zum Voranschlag für das Jahr 1874 und zum Rechenschaftsberichte des Landes-Ausschusses für die Zeit vom 1. September 1872 bis Ende September 1873. (Beilage Nr. 46.)

Endlich wurden mir noch folgende Petitionen übergeben.

„Petition der Johanna Pischkal, Wittwe des gewesenen Amtsdieners Josef Pischkal, um Erhöhung ihres Gnadengehaltes. (Ueberreicht durch Abgeordneten Pairhuber.)“

„Petition des Georg Hell, Rechnungsführer der steiermärkischen Landes-Irrenanstalt in Feldhof, um Einrechnung der vor seiner Anstellung als landschaftlicher Kanzlist bei der Landes-Versorgungs-Anstalten-Verwaltung als Diurnist zugebrachten Dienstzeit von 2 Jahren 6 Monaten und 4 Tagen. (Ueberreicht durch Abgeordneten Pairhuber.)“

„Petition der Maria Bretterer, landschaftlichen Laborantenswitwe, um Verleihung eines Erziehungsbeitrages für ihre sechzehnjährige Tochter Anna Marie Bretterer. (Ueberreicht durch Abgeordneten Dr. Schloffer.)“

„Petition der Maria Walter, Gattin des gewesenen Kanzlisten der Landes-Versorgungs-Anstalten-Ver-

waltung, um Bewilligung einer außerordentlichen Gnadengabe. (Ueberreicht durch Abgeordneten Dr. Ritter v. Schreiner.)“

„Petition des Johann Walker, entlassenen Kanzlisten der Landes-Versorgungs-Anstalten-Verwaltung, um Wiederverleihung seiner Kanzlistenstelle. (Ueberreicht durch Abgeordneten Dr. Ritter v. Schreiner.)“

„Petition des Georg Rügerl, Lehrer am landschaftlichen Taubstummen-Institute, um Einrechnung der am landschaftlichen Taubstummen-Institute als Assistent und Unterlehrer zugebrachten Zeit als Dienstjahre. (Ueberreicht durch Abgeordneten Dr. Schloffer.)“

„Petition des Franz Hatle, Lehrer an der steiermärkischen landschaftlichen Bürgerschule zu Graz, um die Anerkennung seiner Dienstjahre und die damit verbundenen Quinquennalzulagen. (Ueberreicht durch Abgeordneten Dr. Schloffer.)“

Diese 7 Petitionen werde ich dem Petitions-Ausschusse zuweisen. (Zustimmung.)

„Petition der Bezirksvertretung Hartberg, um Uebernahme der Bezirksstraße I. Klasse auf den Landesfond. (Ueberreicht durch Abgeordneten Freiherrn v. Hammer-Purgstall.)“

Diese Petition werde ich dem Stragen-Ausschusse zuweisen. (Zustimmung.)

„Petition des obersteierischen Land-Lehrer-Vereines zu Leoben um Besserstellung des Lehrstandes im Herzogthume Steiermark. (Ueberreicht durch Abgeordneten Dr. v. Miller.)“

„Petition der Lehrerinnen in Steiermark, um Gleichstellung der Lehrerinnengehalte mit denen der Lehrer. (Ueberreicht durch Abgeordneten Freiherrn v. Hammer-Purgstall.)“

„Petition des Bezirksschulrathes von Stainz, wider die Gesetzes-Erneuerung, betreffend das Ernennungsrecht des Lehrstandes. (Ueberreicht durch Abgeordneten Dr. Heilsberg.)“

„Petition des Bezirksschulrathes Mureck gegen die bei der voraussichtlichen Aufhebung des Schulgeldes wahrscheinliche Aenderung des Wirkungskreises der Bezirksschulräthe, dahin gehend, daß bei derselben das Ernennungsrecht der Lehrer entfalle. (Ueberreicht durch Abgeordneten Pairhuber.)“

„Petition der Lehrer an den öffentlichen Volksschule des Bezirkes Schladming um Erhöhung der Lehrerbezüge. (Ueberreicht durch Abgeordneten Dr. Pipp.)“

„Petition des Johann Leitner, provisorischen Lehrers zu Bleiberg, Schulbezirk Erdning, behufs Unterstützung der Petition des obersteierischen Land-Lehrer-Vereines eine übersichtliche Darstellung seiner nothwendigsten

jährlichen Bedürfnisse und Verausgabungen. (Ueberreicht durch Abgeordneten Freiherrn v. Walterskirchen.)"

"Petition des Langeder, Lehrer in Donnersbachau, zur Petition des obersteierischen Land-Lehrer-Vereines einen Ausweis über seine jährlichen Verausgabungen. (Ueberreicht durch Abgeordneten Freiherrn v. Walterskirchen.)"

"Petition der Lehrkörper der vierklassigen Volksschule in Pözen, um Besserstellung des Lehrstandes im Herzogthume Steiermark. (Ueberreicht durch Abgeordneten Freiherrn v. Walterskirchen.)"

"Petition des Lehrervereines von Maria-Zell um Besserstellung des Lehrstandes im Herzogthume Steiermark. (Ueberreicht durch Abgeordneten Freiherrn v. Walterskirchen.)"

"Petition des obersteierischen Land-Lehrer-Vereines zu Leoben, um Besserstellung des Lehrstandes im Herzogthume Steiermark. (Ueberreicht durch Abgeordneten Dr. Pipp.)"

"Petition der Lehrer der Volksschule im Markte Aufsee um Berücksichtigung der hierortigen Theuerungsverhältnisse. (Ueberreicht durch Abgeordneten Dr. Pipp.)"

Ich werde diese 11 Petitionen dem Unterrichtsausschusse zuweisen. (Zustimmung.)

"Petition der Krankenhaus-Vorsteherung in Pettau, um Erwirkung der nöthigen Bausumme zur Vollen- dung des Krankenhaus-Baus in Pettau. (Ueberreicht durch Abgeordneten Pairhuber.)"

"Petition des deutschen Studenten-Unterstützungs- Ausschusses an der Karl-Franzens-Universität zu Graz um Bewilligung einer Dotation. (Ueberreicht vom Rector Magnificus Dr. Ritter v. Karajan.)"

Petition des Anton Vandelli, landschaftlichen Fachtmeisters, um Zuerkennung des 20percentigen Theuerungs- beitrages zu seinem Gehalte pr. 315 fl. (Ueberreicht durch den Abgeordneten Freiherrn v. Jschöck.)"

"Petition des Grazer Stadtverschönerungsvereines um Uebernahme des abgängigen Betrages für das Mo- nument für Weiland Se. k. k. Hoheit Erzherzog Johann auf den Landesfond. (Ueberreicht durch den Abgeordneten Dr. Schloffer.)"

"Petition des akademischen Turnvereines in Graz um Erlassung der für die Benützung der landschaftlichen Turn- halle an den Landesfond abzuführenden Beträge. (Ueber- reicht durch den Abgeordneten Dr. Ritter v. Karajan.)"

"Petition der Leitung des Vereines zur Pflege kranker deutscher Studenten in Graz um Subven- tionierung. (Ueberreicht durch den Abgeordneten Dr. Ritter v. Karajan.)"

Ich werde diese 6 Petitionen dem Finanz-Aus- schusse zuweisen. (Zustimmung.)

"Petition des steiermärkischen Gartenbau-Vereines in Graz um Bewilligung einer Subvention aus Landes- mitteln zur Errichtung einer Schule für Gemüse- Obst- und Samenbau in St. Peter bei Graz. (Ueberreicht durch den Abgeordneten Freiherrn v. Walterskirchen.)"

Abgeordneter Freiherr von **Walterskirchen** (L.-G. Bruck): Ich erlaube mir, den Antrag zu stellen, daß diese Petition an den zu wählen- den Landescultur-Ausschuß gewiesen werde.

Landeshauptmann: Ich werde diese Petition in der nächsten Sitzung nochmals vortragen, da dieser Ausschuß noch nicht gewählt ist.

"Petition des Marburger Weinbauvereines um Systemisirung und Anstellung eines Fachlehrers an der Marburger Weinbauschule. (Ueberreicht durch Abgeord- neten Ritter v. Carneri.)"

"Petition des Luttenberger Weinbau-Vereines um Systemisirung und Anstellung eines Fachlehrers an der Marburger Weinbauschule. (Ueberreicht durch den Abge- ordneten Ritter von Carneri.)"

Abgeordneter Dr. **Dominikus** (L.-G. Gilli): Ich erlaube mir den Antrag zu stellen, daß auch diese beiden Petitionen auf die Tagesord- nung der nächsten Sitzung gestellt werden.

Landeshauptmann: Ich werde diese beiden Petitionen in der nächsten Sitzung wieder vornehmen.

Ferner wurde mir noch eine Interpellation an die hohe Regierung vom Abgeordneten Bärnfeind angekündigt, betreffend die Nichtbekleidung von Verwaltungsrathsstellen der k. k. Beam- ten im activen Dienste bei Privat-Asso- ciationen neben ihrer Amtsstelle, und

eine zweite Interpellation an Se. Excellenz den Herrn Statthalter vom Abgeordneten Dr. Heils- berg, betreffend die Grundsteuerregulirung.

Ich werde den Herren Interpellanten das Wort zur Stellung ihrer Interpellation in der nächsten Sitzung ertheilen.

Wir gehen zur Tagesordnung über:

Der erste Gegenstand derselben ist die

Begründung des Antrages des Abgeordneten Szj und Genossen betreffend die Herstellung der Eisenbahnlilien Wien-Möbi und Mittelfeld- Zapresic, sowie der Salzkammergut-Bahn.

(Beilage Nr. 38.)

Ich ertheile dem Herrn Antragsteller das Wort zur Begründung seines Antrages.

Abgeordneter **Szj** (H.-R. Graz): Das Abgeord- netenhaus des früheren Reichsrathes hat im verfloffenen April zwei Gesetze beschlossen; das eine davon betrifft jene

Begünstigungen, welche bei der Concessionirung einer Eisenbahn von Wien über Radkersburg an die steierisch-ungarische Grenze gewährt werden können, und das zweite betrifft jene Begünstigungen, welche den Concessionären einer Eisenbahn von Knittelfeld durch das Lavantthal und Untersteiermark nach Zapresitz zugestanden werden dürften.

In derselben Zeit wurde von der Regierung die Concession zum Baue einer Eisenbahn ertheilt, welche von dem Ennsthale bei St. Martin an der Salzburg-Tirolerbahn über Auffsee und Ischl nach Oberösterreich und weiterhin führt.

Dieser letzteren Bahn wurde gar keine Begünstigung gewährt, weil die Concessionsbewerber für diese Strecke nichts in Anspruch genommen haben. Für die zwei ersteren Linien jedoch beschloß der Reichsrath, eine Steuer- und Gebührenbefreiung zu bewilligen.

Schon diese geringe Begünstigung, welche theils von den Concessionären in Anspruch genommen, theils von dem Reichsrathe und der Regierung für diese zwei Hauptlinien in Steiermark bewilligt wurden, beweisen, daß alle drei Bahnen geeignet sind, den Verkehr in Steiermark in besonders kräftiger Weise zu dienen. Die Wichtigkeit dieser drei Bahnlinien ist daher schon durch den Beschluß der gesetzgebenden Körper constatirt. Leider konnte der Bau dieser Bahnen nicht in Angriff genommen werden, weil die Concessionsbewerber und die Concessionäre durch die inzwischen eingetretenen Verhältnisse die nothwendige Bausumme auf dem Geldmarkte nicht aufreiben konnten. Die Verhältnisse des Geldmarktes, wie sie im verflossenen Sommer bestanden haben, sind wohl allgemein bekannt, und ich brauche nicht auf dieselben besonders hinzuweisen.

In Folge dieser Störung am Geldmarkte selbst ist aber auch eine allgemeine wirthschaftliche Krisis zum Ausbruche gekommen, welcher abzuhelpen der Reichsrath bereits für nothwendig erachtet hat. Zu diesem Zwecke wurde von demselben ein Gesetz beschloffen, welches einen Aushilfsfond zur Unterstützung von Handel, Gewerbe und Industrie schaffen soll, von welchem ein Theil zur Förderung des Baues solcher Eisenbahnen bestimmt ist, deren Herstellung zu sichern die Regierung durch Gesetze ermächtigt werden wird.

Es ist anerkannt, daß es besonders der Eisenbahnbau sei, welcher befördert werden muß, um einigen sehr wichtigen Industriezweigen fördernd unter die Arme zu greifen; daß hiebei zunächst unsere Eisenindustrie gemeint ist — eine Lebensfrage für Steiermark — ist wohl selbstverständlich.

Nachdem nun in Aussicht steht, daß die Regierung, welche durch ein Gesetz indirect aufgefordert wurde, im

Reichsrathe bei seinem Wiederzusammentritte solche Eisenbahn-Gesetzesvorlagen einzubringen, welche eine Unterstützung des Staates in Anspruch zu nehmen be-rechtigt sind, so liegt es wohl sehr nahe, daß man zunächst auf jene Eisenbahnlinien greifen werde, deren Wichtigkeit schon durch einen Beschluß des früheren Reichsrathes anerkannt ist. Dieß sind eben unter anderen die vorerwähnten drei steierischen Eisenbahnen.

Der Zweck meines Antrages geht nun eben dahin, zu ermöglichen, daß derlei Vorlagen mit der größten Beschleunigung im Reichsrathe eingebracht werden, und die Regierung hiezu durch einen Beschluß des steierischen Landtages zu veranlassen.

Diese drei erwähnten Eisenbahnen sind aber nicht bloß berufen, der Entwicklung des Verkehrs in Steiermark zu dienen, sondern es ist hauptsächlich der Bau dieser drei Bahnen im Auge zu behalten, da durch denselben namentlich die steierische Eisenindustrie, sowie die Eisenindustrie der Alpenländer überhaupt vor weiterer Stockung in ihrem Absatze gesichert werden soll. Durch die Inangriffnahme des Baues dieser drei Eisenbahnlinien soll aber nicht bloß die Eisenerzeugung selbst, sondern auch Alles, was mit derselben zusammenhängt, wie z. B. die Kohlenindustrie, die Maschinen-Fabrikation, die Waggons-Fabrikation, kurz alles, was mit dem Eisenbahnbau überhaupt in Verbindung steht, gefördert werden.

Ferner ist noch zu berücksichtigen, daß bei der steierischen Eisenindustrie und bei den mit ihr zusammenhängenden Industriezweigen mehr als 50.000 Menschen interessirt sind, welche davon ihren Lebensunterhalt beziehen. Daß daher einer weiteren Stockung in der Eisenindustrie vorgebeugt werden muß, liegt wohl auf der Hand; denn 50.000 erwerblose Menschen bei dem Herannahen des strengen Winters versorgen zu müssen, wäre wohl eine Aufgabe, welche die Kraft des Landes zu sehr in Anspruch nehmen würde.

Dieser Nothwendigkeit durch eine rasche Inangriffnahme des Baues der einen oder der andern, oder aller drei dieser Eisenbahnlinien möglichst vorzubeugen, ist ebenfalls ein Zweck meines Antrages.

Was nun die formelle Behandlung desselben anbelangt, so glaube ich, daß es am zweckmäßigsten wäre, wenn dieser Antrag dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung überwiesen würde, und zwar aus dem Grunde, weil dem Finanz-Ausschusse auch der Rechenschaftsbericht des Landes-Ausschusses vorliegt, welcher ein langes Capitel über Eisenbahnangelegenheiten in Steiermark enthält, und es könnte die materielle Erledigung meines Antrages gleichzeitig mit der Er-

ledigung des Berichtes über Eisenbahnwesen, welchen der Landes-Ausschuß zu erstatten hat, vorgenommen werden.

Indem ich daher das hohe Haus bitte, schon diesem formellen Antrage zuzustimmen, glaube ich aus diesem Votum zu entnehmen, berechtigt zu sein, daß die Tendenz meines Antrages, welche ich mir eben erlaubt habe auseinanderzusetzen, der Zustimmung des hohen steiermärkischen Landtages gewiß ist.

(Der Antrag auf Zuweisung an den Finanz-Ausschuß wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

Begründung des Antrages des Abgeordneten Freiherrn v. Jischok und Genossen, betreffend die Revision der Dienstboten-Ordnung vom 30. Jänner 1857.

(Beilage Nr. 39.)

Ich ertheile dem Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Jischok das Wort zur Begründung seines Antrages.

Abgeordneter Freiherr v. Jischok (L.-G. Leoben): Fast in jeder Session dieses hohen Hauses erschien unter den Berathungsgegenständen auch die Frage des Dienstbotenwesens. Die Wichtigkeit und Dringlichkeit dieser Angelegenheit wurde auch stets von allen Seiten anerkannt, fast regelmäßig aber wurde dieselbe dem Landes-Ausschuße zu weiteren Erhebungen und zur Berichtserstattung überwiesen, um nicht dem echt germanischen Grundsatz der Gründlichkeit zu widersprechen.

Vor zwei Jahren kam dieser Gegenstand von Neuem auf die Tagesordnung, ein gewaltiger Anlauf wurde genommen, es kam zur Vorlage eines Gesetzesentwurfes, es kam zur zweiten Lesung desselben, bei der ausnahmsweise vorgenommenen dritten Lesung jedoch wurde dasjenige wieder umgestoßen, was — allerdings etwas mangelhaft — in der zweiten Lesung angenommen worden war.

Seit dieser Zeit nun schlummert die beliebte oder unbeliebte Angelegenheit einen süßen Schlaf, so fest, daß nicht einmal im Rechenschaftsberichte des Landes-Ausschusses davon geträumt wird, wozu — wie ich allerdings zugeben will — auch kein Anlaß in Form eines landtäglichen Beschlusses vorlag.

Die Klagen der Bevölkerung über das Dienstbotenwesen sind aber seither nicht verstummt, und der Grundsatz der Nichtintervention hat sich auf diesem Gebiete wenigstens nicht bewährt. Von Jahr zu Jahr werden in den Städten und auf dem Lande die Klagen auf diesem Gebiete immer lauter, und die Forderungen nach Abhilfe immer dringender. Wer, so wie ich, die Gelegenheit hat und sucht, mit der Landbevölkerung zu

verkehren, der weiß es, wie geradezu verzweifelt die Stimmung des Landwirthes ist, welcher sich dem Verlieben des Gesindes fast macht- und rechtlos preisgegeben sieht, der weiß es, wie gerade auf diesem Gebiete wenigstens einigermaßen eine Abhilfe durch die Landesgesetzgebung gefordert wird.

Zunehmende Unverlässlichkeit, Unfähigkeit, Mangel an Arbeitslust, Entfittlichung, das sind die Vorwürfe, welche gleichmäßig in den Städten und auf dem Lande erhoben werden. Dagegen nun ist die Landesgesetzgebung allerdings machtlos, in dieser Richtung kann nur auf die Zukunft vertraut werden, auf die Früchte einer besseren Volkserziehung und eines besseren Unterrichtes.

Auch den Dienstgebern fällt da manches Verschulden an den vielfach gerügten Uebelständen zur Last. In vielen Beziehungen könnte Selbsthilfe durch rationelles Verfahren einige Abhilfe schaffen, auch die Dienstboten-Ordnung, wie sie jetzt besteht, ist nicht so ungenügend und mangelhaft, wie es gewöhnlich angenommen wird, es fehlt nur, wie allgemein bekannt ist, hauptsächlich an einer energischen Handhabung derselben, und in dieser Beziehung dürfte auch dadurch Besserung eintreten, daß eine Revision der Gemeindeordnung im Zuge ist.

Die Verhältnisse auf dem Lande bieten aber auch eine besondere Eigenthümlichkeit durch die Art, in welcher die Verträge geschlossen werden. In dieser Beziehung können und sollen nach meiner Ueberzeugung einige Aenderungen getroffen werden, ich meine die Wanderzeit, die Zeit und die Form des Dienstvertragschlusses.

Eine Reform in dieser Beziehung bezweckt der dem h. Hause vorliegende Antrag. Wenn es gelingt, im Laufe dieser Session zu positiven Resultaten zu gelangen, dann kann die Landesvertretung des wärmsten und aufrichtigsten Dankes der gesammten Landbevölkerung versichert sein, welche der Thätigkeit des Landtages auf diesem Gebiete mit gespannter Aufmerksamkeit entgegensteht, und ich empfehle deshalb den von mir gestellten Antrag.

In formeller Beziehung erlaube ich mir zu bemerken, daß bis jetzt ähnliche Anträge gewöhnlich dem Ausschusse für Gemeindeangelegenheiten zugewiesen worden sind. Da aber, wie ich glaube, die Aufgaben, welche in diesem Jahre dem Gemeinde-Ausschuße gestellt sind, sehr groß sind, und die Thätigkeit dieses Ausschusses vollauf in Anspruch nehmen werden, so würde es mir, um in der Richtung meines Antrages möglichst schnell zu positiven Resultaten zu kommen, erwünscht scheinen, wenn zur Vorberathung meines An-

trages ein besonderer Ausschuss niedergelegt würde, und ich erlaube mir zu beantragen, daß dieser Ausschuss aus fünf Mitgliedern zu bestehen hätte.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Landes-Ausschusses über den Beschluß des h. Landtages vom 5. December 1872 bezüglich einer Revision des organischen Statutes für die landchaftlichen Bürgerschulen.

(Beilage Nr. 35.)

Ich ersuche um einen Antrag über die formelle Behandlung dieses Gegenstandes.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. **Schloßfer:** Ich beantrage die Zuweisung dieser Vorlage an den Unterrichts-Ausschuss.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Landes-Ausschusses über die von einer Enquête-Commission erstatteten Vorschläge in Betreff der Landes-Ackerbauschule in Grottenhof.

(Beilage Nr. 16.)

Ich bitte um einen Antrag über die formelle Behandlung dieser Vorlage.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. **Michel:** In den früheren Landtags-Sessionen wurde gewöhnlich ein eigener Ausschuss für Landescultur-Angelegenheiten bestellt. Auch in dieser Session kommen mehrere Anträge in Landescultur-Angelegenheiten vor; es empfiehlt sich daher, auch in dieser Session einen solchen eigenen Ausschuss zu bestellen. Da nun der Gegenstand des eben an der Tagesordnung stehenden Berichtes des Landes-Ausschusses zu den Landescultur-Angelegenheiten gehört, so erlaube ich mir zu beantragen, daß auch diese Vorlage jenem Ausschusse zugewiesen werde, welcher auch über andere Landescultur-Angelegenheiten zu berathen haben wird.

Zugleich erlaube ich mir zu beantragen, daß dieser Ausschuss aus sieben Mitgliedern zu bestehen habe.

Abgeordneter Dr. **Edler v. Neupauer** (G.=G.=B.): Ich möchte mir nur bezüglich dieses Antrages einige Worte erlauben. Wenn ich nicht irre, so ist die Veranlassung zu dieser Enquête-Commission von dem Finanz-Ausschusse ausgegangen. Ich würde es daher für consequent halten, wenn auch der Bericht des Landes-Ausschusses über die von jener Enquête-Commission

erstatteten Vorschläge dem Finanz-Ausschusse zur Vorberathung zugewiesen werde. Ich stelle daher den Antrag, daß diese Vorlage dem Finanz-Ausschusse zugewiesen werde.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. **Michel:** Die Veranlassung zu diesem Berichte hat ein schon am 7. October des Jahres 1871 im hohen Hause vom Baron Walterskirchen und Genossen eingebrachter Antrag gegeben, und schon in dieser Session des Jahres 1871 war der eben erwähnte Antrag einem Sonder-Ausschusse zugewiesen; allein es kam über den von diesem Ausschuss erstatteten Antrag nicht zur Berathung im hohen Hause. Darauf hin hat dann der Landes-Ausschuss nach Schluß der Landtags-Session, um doch den Intentionen des hohen Landtages zu entsprechen, selbst eine Enquête-Commission erwählt und darum ersucht, die Zustände der Ackerbauschule in Grottenhof zu untersuchen und Anträge zu stellen.

In der Session des Jahres 1872 war aber der Landes-Ausschuss noch nicht in der Lage, über diese Anträge der Enquête-Commission zu berichten, und das hat dem hohen Landtag in der vorigen Session Anlaß gegeben, den Landes-Ausschuss zu beauftragen, in dieser Session über jene Anträge oder Vorschläge der Enquête-Commission zu berichten.

Ich glaube, es handelt sich hier eminent um eine Landescultur-Angelegenheit, um die Organisirung der bestehenden Schule selbst, theilweise allerdings auch um eine Auslage für gewisse Vauherstellungen, die als nothwendig erkannt worden sind. Daher glaube ich denn doch, daß der Sonder-Ausschuss, der überhaupt für Landescultur-Angelegenheiten zu bestellen ist, auch hier kompetenter erscheint, als der Finanz-Ausschuss, obgleich nebenbei auch eine finanzielle Frage mit unterläuft.

Landeshauptmann: Wünscht noch Jemand zur formellen Frage das Wort?

Abgeordneter Dr. v. **Neupauer** (G.=G.=B.): Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Landeshauptmann: Ich bringe also den Antrag des Referenten des Landes-Ausschusses auf Zuweisung dieser Vorlage an einen aus 7 Mitgliedern bestehenden Sonder-Ausschuss (Landescultur-Ausschuss) zur Abstimmung, und ersuche diejenigen Herren, welche für diesen Antrag stimmen, sich zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der **Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses in Betreff der Uebernahme der Beiträge der**

Vorflager-Besitzer zu den Kosten der Gutsregulirung auf den Landesfond.

(Beilage Nr. 7.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. Freiherr v. **Conrad**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß, weil es sich hier um eine reine Geldfrage handelt, um die Aufhebung des Rückforderungsrechtes von Vorflüssen.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Landes-Ausschusses, betreffend die Regulirung des Manthweizens.

(Beilage Nr. 8.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses um einen Antrag bezüglich der formellen Behandlung.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. Freiherr v. **Conrad**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Straßen-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der folgende Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Landes-Ausschusses über die Anstellung von Thierärzten und über die Revision des Gesetzes vom 10. December 1868 (L.-G.- und B.-Bl. 1869, Nr. 4), betreffend die Hebung der Rindviehzucht.

(Beilage Nr. 15.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, das Referat über diesen Gegenstand vorzutragen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. **Michel**: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den für Landescultur-Angelegenheiten beschlossenen Sonder-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des Landes-Ausschusses über die Trennung der Gemeinde Hohenegg.

(Beilage Nr. 12.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, die Verhandlung über diesen Gegenstand einzuleiten.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **German** (von der Tribüne; — liest den Bericht aus Beilage Nr. 12).

Landeshauptmann: Wünscht Jemand in der Generaldebatte das Wort?

Abgeordneter Freiherr v. **Rast** (St.-G. W.-Graz): Mit Rücksicht auf den Umstand, daß ein Ausschuß gewählt wurde, welcher eine neue Gemeinde-Ordnung für Steiermark berathen soll, mit Rücksicht auf den ferneren Umstand, daß in diesem Ausschusse auch die Frage einer reiflichen Ueberlegung unterzogen werden wird, ob eine imperative Zusammenlegung der Gemeinden wünschenswerth sei oder nicht, ob eine weitere Trennung und Auseinanderlegung der Gemeinden anzustreben sei, oder ob sich das Gegentheil empfehlen würde, erlaube ich mir, den Antrag zu stellen, damit kein Präjudiz geschaffen werde, die in Verhandlung stehende Vorlage dem Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten zur Vorberathung zuzuweisen.

Abgeordneter Dr. **Nedermann** (St.-G. Gillsi): Der hohe Landtag hat bereits in der letzten Session, ich möchte sagen, das Princip aufgestellt, daß die Trennung der Marktgemeinden von den mit ihnen verbundenen Landgemeinden in Zukunft zulässig ist, dadurch, daß er den Antrag auf Trennung der Marktgemeinde Tüffer von der Ortsgemeinde Tüffer ausgesprochen hat.

Ich glaube, wenn man diesen Antrag des Landes-Ausschusses abermals dem Gemeinde-Ausschusse zur weiteren Vorberathung überweist, so würde man dadurch nur die unnöthigen Kosten der Drucklegung verursachen. So wie die Sache heute liegt, ist sie ganz klar, und ich glaube kaum, daß der Gemeinde-Ausschuß etwas Weiteres wird herausfinden können, insbesondere mit Rücksicht auf den vorjährigen Beschluß.

Ich möchte daher das hohe Haus bitten, auf die Vollberathung dieses Gegenstandes einzugehen.

Abgeordneter Dr. **Dominikus** (L.-G. Gillsi): Ich erlaube mir, den Antrag des Baron Rast zu unterstützen, weil ich glaube, daß der Bericht des Landes-Ausschusses doch nicht ganz klar zu sein scheint. Es ist in demselben davon die Rede, daß der Gemeinde-Ausschuß von Hohenegg sich in seiner Sitzung vom 1. September 1872 mit einer kleinen Majorität gegen die Trennung ausgesprochen hat; später ist erwähnt, daß man sich vorläufig in die Ausscheidung des Gemeindevermögens eingelassen hat; weiters ist hier gesagt, daß die Gemeinde Markt Hohenegg um die Trennung nur in der Voraussetzung ansuchte, daß die Ortschaft Gegend Hohenegg ausgeschieden werde, und zwar aus dem Grunde, weil sich die Bewohner der Ortschaft Gegend

Hohenegg gegen die Vereinigung mit dem Markte Hohenegg ausgesprochen haben.

Es wird nun imperative aus dem Grunde, weil eine Trennung der Katastralgemeinde überhaupt nicht zulässig sei, beantragt, daß die Marktgemeinde sammt der Ortschaft Gegend Hohenegg ausgeschieden werden solle. In dieser Richtung scheint mir nicht einmal ein Antrag von Seite der Marktgemeinde Hohenegg vorzuliegen, und ich halte es darum für wünschenswerth, daß dieser Bericht behufs weiterer Erhebungen dem Gemeinde-Ausschusse zugewiesen werde.

Abgeordneter Freiherr v. **Rast** (St.-G. W.-Graz): Ich will nur noch bemerken, daß, wie schon mein geehrter Herr Vorredner erwähnt hat, in der Vorlage die einschlägigen Verhältnisse nicht vollkommen klar gestellt sind. Es heißt nämlich in dem uns vorliegenden Antrage des Landes-Ausschusses ausdrücklich, daß die bürgerlichen Mitglieder sich mit 10 Stimmen gegen die fragliche Trennung ausgesprochen haben. Es dürfte daher wohl nahe liegen, diese des Näheren zu untersuchen, daher ich meinen Antrag nur auf das Wärmste befürworten kann.

Landeshauptmann: Wünscht noch Jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **German**: Der Landes-Ausschuß wird, glaube ich, wohl keine Einwendung gegen die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Gemeinde-Ausschuß zu erheben haben; gleichwohl erlaube ich mir, gegenüber den gefallenem Bemerkungen etwas zu erwähnen.

Wenn auf den vorliegenden Entwurf eines neuen Gemeinde-Gesetzes hingewiesen wird, so glaube ich, daß dieser, wenn er zum Gesetze erhoben würde, den Trennungen der Gemeinden nicht nur nicht abträglich, sondern sogar förderlich sein wird, weil selbst im administrativen Wege die Schaffung von Verwaltungsgemeinden für bestimmte Wirkungskreise beantragt wird, und, wenn diese Verwaltungsgemeinden geschaffen werden, es um so weniger nothwendig ist, daß gewisse Gemeinden für sich zur bloßen Vermögensverwaltung beisammen bleiben, wenn sie dieß nicht wollen.

Gegen die weitere Bemerkung von dieser Seite, daß die Ortschaft Gegend Hohenegg nicht der Trennung des Marktes zugestimmt hat, muß ich erwähnen, daß dieß allerbing's richtig ist; allein die Marktgemeinde als Katastralgemeinde hat ursprünglich das Trennungsbegehren für sich gestellt, und als sie sah, daß ihrem Begehren vielleicht nicht Folge gegeben werden dürfte, weil einige Mitglieder der Katastral-Gemeinde demselben widersprehen, beantragte sie, nur um ihre Absicht zu

erreichen, daß sie allein für sich selbst bestehen dürfe und für sich allein als Ortsgemeinde gebildet werden möge. Es wird also gegen die Zuweisung dieses Berichtes an den Gemeinde-Ausschuß von Seite des Landes-Ausschusses keine Einwendung erhoben.

Landeshauptmann: Ich bringe den Antrag auf Zuweisung dieser Gesetzesvorlage an den Gemeinde-Ausschuß zur Abstimmung und bitte diejenigen Herren, welche dafür sind, daß der Bericht des Landes-Ausschusses über die Trennung der Gemeinde Hohenegg zur Vorberathung an den Gemeinde-Ausschuß zugewiesen werde, sich zu erheben. (Geschieht.) Es haben sich 23 Stimmen dafür erhoben. Ich bitte um die Gegenprobe. (Dieselbe erfolgt.) Der Antrag ist mit 24 Stimmen gegen 23 abgelehnt. Wir gehen daher in die Vollberathung des Gesetzes ein.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **German** (liest den § 1 des Gesetzes aus Beilage Nr. 12).

Landeshauptmann: Wünscht Jemand zum § 1 das Wort?

Abgeordneter Dr. **Serner** (K.-G. Luttenberg): Mit Rücksicht darauf, daß die Bewohner der Ortschaft Gegend Hohenegg ausdrücklich erklärt haben, sie wünschten aus dem Verbande mit der Marktgemeinde Hohenegg ausgeschieden zu sein, mit Rücksicht darauf, daß dadurch zur Trennung einer Katastral-Gemeinde geschritten wird, welche doch nicht undurchführbar ist, indem die k. k. Statthalterei erklärt hat, daß sowohl die Steuergemeinde Hohenegg als auch der übrige Theil der jetzigen Ortsgemeinde für sich die Mittel zur Erfüllung der aus dem übertragenen Wirkungskreise erwachsenden Verpflichtungen besitze, welche Erklärung ich wenigstens dahin auffasse, da sie schon über den zweiten Antrag des Marktes Hohenegg ergangen ist, beantrage ich, aus dem § 1 die eingeklammerten Worte: „Markt sammt Ortschaft Gegend Hohenegg“ wegzulassen.

Abgeordneter Dr. **Neidermann** (St.-G. Gills): Die Petition der Ortschaft Gegend Hohenegg stammt aus dem Jahre 1868; es ist seit dieser Zeit im hohen Maße so Vieles beschlossen, daß man endlich auf diese Petition und dieses Petition selbst vergessen hat, und wie ich als Vertreter dieser Landgemeinde im Landtage es bestimmt weiß, hat seit dieser Zeit die Ortschaft Gegend Hohenegg auf dieses Petit selbst vergessen. Diese Gegend bestand hundert Jahre als integrierender Bestandtheil des Marktes Hohenegg und wünscht seit neuester Zeit nicht mehr, aus diesem Verbande auszuscheiden, umsomehr, als eigentlich die Petition um die Ausscheidung aus dem Verbande mit der Marktgemeinde Hohenegg nur in Folge einer Hezerei eingebracht wurde.

Abgeordneter Dr. **Sernee** (L.-G. Luttenberg): Nach dieser Aufklärungen ziehe ich meinen Antrag zurück.

Landeshauptmann: Wenn Niemand das Wort begehrt (Niemand meldet sich), erkläre ich die Debatte für geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Wort. (Berichterstatter verzichtet.)

Ich bringe demgemäß den § 1 des Gesetzes zur Abstimmung und ersuche diejenigen Herren, welche diesen Paragraph annehmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Der § 1 ist mit 33 Stimmen angenommen.

Berichterstatter der Landes-Ausschusses **German** (liest die §§ 2, 3, 4 des Gesetzes aus Beilage Nr. 12).

Landeshauptmann: Wenn Niemand das Wort ergreift (Niemand meldet sich), ersuche ich diejenigen Herren, welche die §§ 2, 3 und 4 in der eben verlesenen Fassung annehmen, sich zu erheben. (Geschieht.) Dieselben sind angenommen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **German** (liest Titel und Eingang des Gesetzes aus Beilage Nr. 12).

Landeshauptmann: Wünscht Jemand zu Titel und Eingang des Gesetzes das Wort?

Abgeordneter Dr. **Josef v. Kaiserfeld** (St.-G. Pottau): Ich erlaube mir nur, eine kleine stylistische Verbesserung zu beantragen; es soll nämlich im Titel des Gesetzes anstatt: „zur eigenen Ortsgemeinde“ heißen: „zu einer eigenen Ortsgemeinde“.

Landeshauptmann: Wenn Niemand das Wort ergreift (Niemand meldet sich), ersuche ich diejenigen Herren, welche Titel und Eingang des Gesetzes mit dieser stylistischen Verbesserung annehmen, sich zu erheben. (Geschieht.) Dieselben sind angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der **Bericht des Landes-Ausschusses über die Trennung der Ortsgemeinde Johnsdorf.**

(Beilage Nr. 13.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **German** (liest den Bericht und das Gesetz aus Beilage Nr. 13).

Landeshauptmann: Ich eröffne die Debatte. (Niemand meldet sich zum Worte.) Da Niemand das Wort ergreift, erkläre ich die Debatte für geschlossen und schreite zur Abstimmung.

(Hierauf wird das Gesetz unverändert angenommen.)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der **Bericht des Landes-Ausschusses mit Vorlage**

eines Gesetzentwurfes, womit der Bezirksvertretung Murek die Einhebung einer 32percentigen Umlage pro 1873 bewilligt wird.

(Beilage Nr. 20.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, das Referat vorzutragen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **German** (liest den Bericht und das Gesetz aus Beilage Nr. 20).

Landeshauptmann: Ich eröffne die Debatte. (Niemand meldet sich zum Worte.) — Da Niemand das Wort ergreift, erkläre ich die Debatte für geschlossen und schreite zur Abstimmung.

(Hierauf wird das Gesetz unverändert angenommen.)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der **Bericht des Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, womit den Gemeinden Radmer und Aufsee höhere Gemeindefumlagen pro 1873 bewilligt werden.**

(Beilage Nr. 21.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **German** (liest den Bericht und das Gesetz aus Beilage Nr. 21).

Landeshauptmann: Ich eröffne die Debatte. (Niemand meldet sich zum Worte.) Da Niemand das Wort ergreift, erkläre ich die Debatte für geschlossen und schreite zur Abstimmung.

(Hierauf wird das Gesetz unverändert angenommen.)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der **Bericht des Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, womit den Gemeinden Krottendorf, Leitring, Götting, W.-Hartmannsdorf und Led und Ottendorf die Bewilligung zur Einhebung einer Gebühr für die ausdrückliche Aufnahme in den Heimatsverband bewilligt wird.**

(Beilage Nr. 22.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **German** (liest den Bericht und das Gesetz aus Beilage Nr. 22).

Landeshauptmann: Ich eröffne die Debatte. (Niemand meldet sich zum Worte.) Da Niemand das Wort ergreift, erkläre ich die Debatte für geschlossen und schreite zur Abstimmung.

(Bei der Abstimmung wird das Gesetz unverändert angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Trennung der Gemeinde Schönstein.

(Beilage Nr. 23.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Herman** (liest den Bericht aus Beilage Nr. 23).

Landeshauptmann: Ich eröffne die Debatte. Wünscht Jemand das Wort?

Abgeordneter **Dr. Heilsberg** (St.-G. Frohnleiten): Bei dem Umstande, als wie aus dem Berichte ersichtlich ist, sowohl die Gemeinde-Vorstehung Schönstein, als auch die Bezirks-Vertretung, sodann die Bezirkshauptmannschaft und schließlich die h. k. k. Statthalterei sich gegen diese Trennung aussprechen, möchte ich meinen, daß der Antrag, wenn schon nicht auf Ablehnung desselben, so doch wenigstens der auf Verweisung dieser Vorlage an den Gemeinde-Ausschuß zur genauen Erhebung der Umstände, die eben für alle diese Instanzen maßgebend waren, vollkommen begründet ist.

Abgeordneter **Lohninger** (G.-G.-B.): Ich glaube, wir könnten wohl in die Vollberathung eingehen. Es ist schon früher betont, und im vorigen Jahre in diesem h. Hause öfters ausgesprochen worden, daß es gar nicht angeht, daß Markt- und Stadtgemeinden mit Dorfgemeinden friedlich zusammenleben können. Was den Ort Schönstein anlangt, weiß ich aus eigener Erfahrung, daß die Bedürfnisse desselben ganz andere sind, als jene der umliegenden Dorfgemeinden, und wollen wir Frieden unter den Gemeinden gründen, so müssen wir das Princip überall durchführen: Marktgemeinden können mit Dorfgemeinden nimmermehr zusammenleben, ihre Bedürfnisse sind ganz verschiedene.

Ich trage daher darauf an, daß man sofort in die Vollberathung eingehe und daß die Gemeinde Schönstein als selbstständige Gemeinde constituirt werde.

Abgeordneter **Freiherr v. Raß** (St.-G. W.-Graz): Ich für meine Person kann mich nur den Worten anschließen, welche der Obmann der Bezirksvertretung Schönstein in seiner Eingabe gebraucht hat, daß man „im öffentlichen Interesse eher auf die Vergrößerung, als auf die Zerstückelung der Gemeinden hinwirken müsse“.

Ich erlaube mir auch, darauf hinzuweisen, daß die Majorität, in welcher sich die Bezirksvertretung für die Trennung ausgesprochen hat, eine sehr geringe ist.

Dann möchte ich auch noch, wie mein Herr Vorredner, darauf hinweisen, daß sowohl die k. k. Bezirkshauptmannschaft, als auch die k. k. Statthalterei sich gegen die Trennung ausgesprochen haben.

Ich stelle daher den Antrag, über die gegenwärtige Vorlage hinweg zur Tagesordnung zu übergehen.

Abgeordneter **Lohninger** (G.-G.-B.): Ich glaube, daß der Umstand, daß die kaiserlichen Behörden sich gegen die Trennung ausgesprochen haben, uns nicht hindern soll, unsere Meinung frei und offen auszusprechen.

Wir sind eben Gewählte des Volkes und haben dessen Bedürfnisse zu beurtheilen, ohne Rücksicht darauf, was von Seite der Behörden ausgesprochen wird. Das Bedürfnis stellt sich überall heraus — und, meine Herren, ich spreche aus gewissenhafter Ueberzeugung — daß Dorfgemeinden und Stadt- und Marktgemeinden nicht beisammen bleiben können.

Ich kenne die Verhältnisse, weil ich zufällig in dieser Gegend lebe, und weiß, warum die Bezirksvertretung anderer Meinung ist als der Bezirksobmann, ein sehr ehrenwerther Mann, der zugleich auch, wenn ich nicht irre, Bürgermeister einer, aus einer Masse von Gemeinden zusammengesetzten Ortschaft — Wölland — ist; das sind lauter Dorfgemeinden, welche zusammenpassen und in deren Interesse es liegt, die Dorfgemeinden zu vergrößern. Aber, wie gesagt, Dorfgemeinden mit Marktgemeinden zu vereinigen, geht nicht an. Früher war man wohl der Meinung, es sei zweckmäßig, die um einen Markt liegenden Ortschaften mit demselben zu vereinigen, weil man dort mehr Intelligenz findet, und die Gebahrung dadurch vielleicht besser würde; aber die Streitigkeiten gehen dann in's Unendliche, man streitet um jede Laterne, die in der Stadt oder dem Markte angeschafft werden soll, kurz, die Marktgemeinde kann nichts thun, weil sie immer von den umliegenden Dorfgemeinden gehemmt wird; Eines hindert überhaupt das Andere, zweckmäßig zu gebahren. Ich empfehle Ihnen daher, meine Herren, aus gewissenhafter Ueberzeugung, wo es nur immer möglich ist, und das Verlangen gestellt wird, Marktgemeinden von Dorfgemeinden zu trennen, diesem Wunsche zu willfahren, und beantrage daher, in die Verhandlung einzugehen.

Abgeordneter **Freiherr v. Saffelberg** (G.-G.-B.): Erlauben Sie, meine Herren, daß auch ich mich gegen den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung ausspreche.

Schon im Motivenberichte steht es, daß die Bezirksvertretung von Schönstein, trotzdem der Obmann dagegen gestimmt hat, dennoch mit einer Majorität, frei-

lich nur von 2 Stimmen, für die Trennung sich ausgesprochen hat. Meine Herren! Sie leben auf dem Lande und wissen, wie unsere Bezirksvertretungen zusammengesetzt sind, daß gerade bei Schönstein namentlich rurale Interessen in großer Mehrzahl den Marktinteressen gegenüber stehen; Sie wissen ferner, daß der Obmann, der doch gewiß einen hohen Grad von Intelligenz gegenüber den anderen ruralen Vertretern hier einnimmt, mit seinem Einflusse, mit seiner Beredtsamkeit, mit allen jenen Mitteln, welche einem Obmann und Bürgermeister eigen sind, gewiß einen Druck auf die ganze Versammlung geübt hat. Es ist nicht in der Natur eines Landmannes, selbstständig eine kräftige Opposition zu machen, sondern er schmiegt sich und unterordnet sich. Wenn also trotz alledem in der Bezirksvertretung dennoch eine Majorität für die Trennung ist, so ist dieß ein Zeichen, daß auch sehr viele aus der ruralen Bevölkerung diesen Gründen für die Trennung Rechnung getragen haben.

Nun ist aber noch eine zweite Einwendung erhoben worden, daß sich nämlich die k. k. Statthalterei gegen die Trennung ausgesprochen hat. Dieser Einwand kann ja nicht für den selbstständigen Wirkungskreis der Gemeinde in den Vordergrund geschoben werden, sondern nur für den sogenannten übertragenen, und hier wird gerade die neue Gemeindeordnung, wie sie vielleicht zum Beschlusse erhoben werden dürfte, oder der schon bestehende Paragraph nach welchem diese Gemeinden in administrativen Wege zusammengelegt wurden, die nöthige Remedur ergeben.

Ich kenne auch so ziemlich die Verhältnisse von Schönstein und ersuche Sie, ja nicht den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung anzunehmen, sondern vielmehr in die Vollberathung dieses Gesetzes einzugehen, mit der beruhigenden Ueberzeugung, daß Sie sowohl den Landes-, als auch den Marktverhältnissen vollkommen Rechnung getragen haben.

Abgeordneter Freiherr v. **Nast** (C. u. M. u. G. Windischgraz): Ich bin ganz gewiß kein blinder Anhänger der Autorität und unterschreibe nicht ohneweiters die Ansprüche einer solchen; nachdem aber im vorliegenden Falle sowohl die k. k. Bezirkshauptmannschaft als auch die k. k. Statthalterei sich gegen die Trennung dieser Gemeinden erklärt hat, so unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß sehr gewichtige Gründe für diese negative Aeußerung vorgelegen haben müssen. Weil nun eben solche Gründe vorhanden waren, und vollkommen zutreffend scheinen, habe ich die Erklärung der k. k. Behörden in Angelegenheiten der Trennung dieser Gemeinde als Argument für meinen Antrag, welcher auf Uebergang zur Tagesordnung lautet, angeführt.

Was ferner einer der geehrten Herren Vorredner bemerkt hat, spricht eher für mich als gegen mich. Er behauptete nämlich, daß der gewiß sehr intelligente Obmann der Bezirksvertretung von Schönstein sich gegen die Trennung ausgesprochen hat, und trotzdem sei es ihm nicht gelungen, die Majorität der Mitglieder der Bezirksvertretung für seinen Antrag zu gewinnen. Ich glaube, daß der Blick des Obmannes der Bezirksvertretung ein ungetrübter war, als jener der übrigen Mitglieder der Bezirksvertretung. (Rufe: Oho!)

Ich gestehe zu, daß Mißhelligkeiten verschiedener Art in zusammengelegten Gemeinden bestehen, und glaube, daß bei der vorliegenden Frage vielleicht mehr Leidenschaft als ruhige Ueberlegung die Ursache war, daß der Bezirksobmann nicht die Majorität erhielt.

Aus diesen Gründen empfehle ich meinen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung auf das Dringendste zur Annahme.

Abgeordneter **Lohninger** (C. u. G. B.): Zur factischen Berichtigung des Gegenstandes erlaube ich mir zu bemerken, daß von dem geehrten Herrn Vorredner meine Worte nicht richtig wiederholt worden sind, denn ich habe ausdrücklich gesagt dem „ehrenwerthen“ Bezirksobmann.

Abgeordneter **Bärnsfeld** (C. u. G. Judenburg): Auch ich glaube die Trennung dieser Landgemeinden von der Marktgemeinde anempfehlen zu müssen; denn es hat sich schon früher bei einem gleichen Falle, wo es sich um die Trennung der Landgemeinde Knittelfeld von der Stadtgemeinde Knittelfeld handelte, die Thatfache ergeben, daß die durch die Trennung neugebildete Katastralgemeinde vollkommen lebensfähig ist, obwohl der hohe Landtag, als diese Angelegenheit seiner Beschlusfassung unterzogen wurde, hieran gezweifelt hat. Diese neue kleine Katastralgemeinde, deren Lebensfähigkeit so sehr in Zweifel gezogen wurde, befindet sich nun außerordentlich gut und besorgt alle ihr obliegenden Geschäfte auffallend besser, als dieß früher geschah, wo die eine, große, aus 16 Katastralgemeinden bestehende Ortsgemeinde Knittelfeld hiefür bestelt war.

Ich habe daher keinen Grund, dieses Begehren auf Trennung der Ortsgemeinden zu versagen, da ich der Ueberzeugung bin, daß die neugebildete Ortsgemeinde im kleineren Kreise leichter in der Lage ist ihre Geschäfte, sowohl die des selbstständigen sowie auch die des übertragenen Wirkungskreises zu versehen, als dieß in der Vereinigung mit der Marktgemeinde Schönstein der Fall sein könnte.

Ich empfehle daher ebenfalls den Antrag des geehrten Herrn Abgeordneten Lohninger, wornach so-

fort in die Vollberathung dieser Vorlage des Landes-Ausschusses eingegangen werden möge, zur Annahme.

Landeshauptmann: Da Niemand mehr das Wort ergreift, erkläre ich die Debatte für geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **German:** Das Gemeindegesetz gestattet den Gemeinden, sich zu trennen und als selbstständige Ortsgemeinden sich zu constituiren und knüpft an das dießfällige Trennungsbestreben nur die einzige Bedingung, daß jede der auseinander zu legenden Gemeinden für sich die Mittel der ihr im übertragenen Wirkungskreise obliegenden Verpflichtungen aufzubringen im Stande sei. Ueber das Maß dieser Mittel, die nothwendigerweise vorhanden sein müssen, ist im Gesetze selbst keine Bestimmung. Die Entscheidung über die Frage, ob dieses Maß von Mitteln vorhanden ist oder nicht, liegt im arbiträren Ermessen der Behörden und beziehungsweise des hohen Landtages.

Man könnte vielleicht sagen: der Beweis, daß die Gemeinden wirklich das hinlängliche Materiale und die sonstigen Mittel besitzen, sei jetzt im Augenblicke ziffernmäßig nicht zu erbringen. Das läßt sich allerdings nicht beweisen; es läßt sich aber auch das Gegentheil nicht beweisen, daß diese Gemeinden diese Mittel nicht besitzen. Einige Anhaltspunkte dafür, daß diese Mittel wirklich vorhanden sind, liegen darin, daß erstens die Gemeinden, die selbstständig sein wollen, selbst zu beurtheilen im Stande sind, ob sie die Mittel im ausreichenden Maße besitzen oder nicht, und daß es ferner Gemeinden gibt, die viel kleiner sind an Territorium, Seelenzahl und Steuervorschreibung und dennoch ihren gesetzlichen Verpflichtungen ebenso oder mindestens nicht weniger nachkommen, als größere Gemeinden.

Ueberdies erlaube ich mir zu bemerken, daß der hohe Landtag bereits mehrere Präcedenzen geschaffen hat, indem er in ähnlichen Fällen die Trennung von Gemeinden bewilligt hat.

Was die Bezirksvertretung Schönstein betrifft, so möchte ich bemerken, daß das Resultat der Abstimmung im Schoße derselben von mehreren Herren Vorrednern nicht ganz richtig aufgefaßt wurde. Die Bezirksvertretung hatte nämlich Beschluß gefaßt und sich mit 9 Stimmen gegen, und nur mit 7 Stimmen für die Trennung ausgesprochen. Die Bezirksvertretung hat sich daher mit Majorität gegen die Trennung ausgesprochen.

Ein solches Votum der Bezirksvertretung kann allerdings nicht befremden, wenn man bedenkt, daß der Bezirksobmann einen moralischen Druck ausgeübt hat,

(Unruhe und Rufe: Hört!) und dieser Bezirksobmann scheint noch von jener Ansicht befangen zu sein, die sich im Laufe der Zeit schon corrigirt hat, daß man nämlich die Gemeinden adaptiren und constituiren müsse für ihren Wirkungskreis, statt daß man den Wirkungskreis noch den Gemeinden adaptiren müsse.

Bei diesen Umständen halte ich den Antrag des Landes-Ausschusses vollkommen aufrecht.

Landeshauptmann: Ich werde nunmehr die Abstimmung in folgender Reihenfolge vornehmen.

Vorerst werde ich über den Antrag Heilsberg, der dahin geht, es sei diese Gesetzes-Vorlage dem Sonder-Ausschusse für Gemeindeangelegenheiten zur Vorberathung zuzuweisen, abstimmen lassen, weil er seiner Natur nach ein vertagender Antrag ist; sollte er abgelehnt werden, dann bringe ich die Gesetzes-Vorlage des Landes-Ausschusses zur Abstimmung, weil der Antrag Rast auf Uebergang zur Tagesordnung sich durch diese Abstimmung erledigt, wenn aber die Majorität sich gegen das Gesetz selbst ausspricht. (Zustimmung.)

(Bei der Abstimmung wird der Antrag Heilsberg abgelehnt.)

Ich ersuche den Herrn Referenten des Landes-Ausschusses, das Gesetz zu lesen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **German** (liest das Gesetz aus Beilage Nr. 23).

Landeshauptmann: Wünscht Jemand in der Specialdebatte das Wort?

Statthalter Freiherr v. **Rübeß:** Es wurde sowohl vom Herrn Berichterstatter als auch von einigen der geehrten Herren Redner im Hause bereits darauf hingewiesen, daß die k. k. Behörden sich gegen die Trennung der Gemeinde Schönstein ausgesprochen haben. Die Gründe, die gegen die Trennung sprechen, sind in den bezüglichen Schriftstücken enthalten und dem hohen Hause nicht unbekannt; ich glaube daher, nicht erst speciell auf dieselben eingehen zu müssen, sondern mich lediglich darauf beschränken zu können, auf dieselben hinzuweisen.

Nur auf eine Bemerkung des Herrn Berichterstatters möchte ich Einiges erwidern: Der Herr Berichterstatter hat nämlich die Andeutung fallen lassen, daß die Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises die Gemeinden am allerwenigsten in Anspruch nehmen. Ich will über das plus oder minus des Geschäftsumfanges der Gemeinden in dieser Beziehung nicht erst in eine Debatte eintreten, allein, daß die Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises der Gemeinden mitunter zu den sehr wichtigen gehören, das dürfte den Mitgliedern des hohen Hauses nicht unbekannt sein.

Wie diese Geschäfte hie und da behandelt werden, davon gibt die Praxis täglich Zeugniß. Ein kleines Beispiel: Unter die Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises gehört denn doch die nicht unwichtige Vorbereitung für Wahlen. Ich kenne eine Gemeinde, von der behauptet wurde, daß sie im vollkommenen Maße die Fähigkeit besitze, alle ihr obliegenden Geschäfte selbstständig zu führen. Die Wahlen werden ausgeschrieben. Was thut die Gemeinde? Sie legt die Wahlliste auf, und es werden zu diesem Behufe die Steuerträger alphabetisch geordnet. Die hieraus zusammengestellte Wahlliste enthält aber lediglich die Steuerträger vom Buchstaben A bis P — die Wahlberechtigten von R abwärts wurden gar nicht aufgenommen, da man das Drittel nach dem Alphabet abgestrichen hat. (Lebhafte Heiterkeit.) Derlei Vorkommnisse gehören nicht zu den Seltenheiten.

Ich möchte daher dem hohen Hause zu bedenken geben, daß die Agenden der Gemeinden im übertragenen Wirkungskreise denn doch so bedeutend sind, daß man sich sehr überlegen muß, ob Gemeinden getrennt oder ob sie nicht beisammen gelassen werden sollen. (Bravo! Bravo!)

Abgeordneter **Vohninger** (G.-G.-B.): Ich acceptire gerne den Ausspruch Sr. Excellenz des Herrn Statthalters, daß nicht alle Gemeinden vollkommen fähig sind, ihre Functionen im vollsten Maße zu verrichten, und ich könnte eine Menge Beispiele, die vielleicht noch greller sind, als das oben angeführte, zur Illustration dieser Behauptung vorbringen. Ich dürfte wohl nicht zu weit gehen, wenn ich sage, daß gerade in diesem Bezirk, von dem hier die Rede ist, die meisten Gemeinden nicht im Stande sind, irgend etwas selbstständig durchzuführen. In den meisten Fällen müssen die Bezirkshauptmannschaften die Wahllisten zusammenstellen und auch sonst noch den Gemeinden an die Hand gehen.

Meine Herren! Würde aber dieser Umstand der allein entscheidende sein, dann müssen wir überhaupt ganz anders vorgehen; dann müssen wir den Gemeinden Organe zur Seite stellen, die alle Agenden des übertragenen Wirkungskreises zu versehen haben. Solche Organe aber finden wir beinahe nirgends. Daher ist es auch begreiflich, daß auf dem Lande fort und fort der Wunsch nach Zusammenlegung mehrerer Gemeinden und Bildung großer Gemeinden laut erhoben wird, weil Jedermann auf dem Lande einsieht, daß die Gemeinden, wie sie jetzt bestehen, absolut lebensunfähig sind und nimmermehr das zu thun vermögen, was die Gesetze vorschreiben. Um das zu thun, was man nach dem Gesetze thun soll, brauchen wir eben größere Gemeinden.

Ich glaube aber nicht, daß uns das hindern soll, auf die in Verhandlung stehende Gesetzesvorlage einzugehen, wonach die Trennung der Ortsgemeinde Schmersdorf von der Ortsgemeinde Schönstein bewilligt werden soll.

Abgeordneter **Bärnsfeld** (L.-G. Judenburg): Ich erlaube mir nochmals das Wort zu ergreifen, um auf den Umstand aufmerksam zu machen, daß dasjenige, was E. Excellenz der Herr Statthalter bemerkt hat, recht gut auch auf die Bezirkshauptmannschaften angewendet werden könnte. (Lebhafter Widerspruch.) Ich könnte dafür, daß eben auch die Bezirkshauptmannschaften zuweilen noch schlechter vorgehen, als manche Gemeinden, recht gute Belege liefern.

Dies wollte ich auf die Bemerkungen des Herrn Regierungsvertreters erwidern.

Statthalter **Freiherr v. Hüben**: So allgemeine Verdächtigungen, wie sie der Vorredner vorgebracht hat, muß ich unbedingt zurückweisen. (Bravo! Bravo!) Wenn der geehrte Abgeordnete irgend welche Klagen gegen eine Bezirkshauptmannschaft vorzubringen hat, möge er mit tatsächlichen Beweisen, aber durchaus nicht mit bloß allgemeinen Anwürfen kommen. Wer immer mit tatsächlichen Beweisen, die nicht bloß gesagt, sondern dargethan sein müssen, an mich herantritt, dem wird Gerechtigkeit werden; jeder, der mit mir in geschäftliche Verührung gekommen ist, wird, so hoffe ich, die Ueberzeugung haben, daß ich den Unzukömmlichkeiten, die allenfalls von einer oder der anderen Behörde begangen werden, Abhilfe zu schaffen wisse. (Beifall.)

Landeshauptmann: Ich erkläre die Specialdebatte für geschlossen und ersuche jene Herren, welche den § 1 des Gesetzes anzunehmen gesonnen sind, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Dieser § 1 ist mit 29 Stimmen angenommen.

Nunmehr bitte ich jene Herren, welche die Vollzugsclausel Titel und Eingang des Gesetzes angenommen wissen wollen, sich zu erheben. (Geschlecht.) Es sind 28 Stimmen dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Dieselbe erfolgt.) Die Vollzugsclausel, Titel und Eingang des Gesetzes, womit die Trennung der Ortsgemeinde Schönstein bewilligt wird, — sind mit 28 gegen 17 Stimmen angenommen.

Auf der Tagesordnung steht nun der **Bericht des Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzesentwurfes, womit der Gemeinde Aufsee eine 70 percentige Gemeinde-Umlage pro 1874 bewilligt wird.**

(Beilage Nr. 24.)

Ich ersuche denselben Herrn Berichterstatter über diesen Gegenstand zu referiren.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **German** (liest den Bericht und das Gesetz aus Beilage Nr. 24.)

Landeshauptmann: Ich eröffne hierüber die Debatte. (Niemand meldet sich zum Worte.) Da Niemand das Wort ergreift, erkläre ich die Debatte für geschlossen und schreite zur Abstimmung.

(Das Gesetz wird hierauf unverändert angenommen.)

Wir kommen nun zum

Bericht des Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, womit der Gemeinde Gösting die Einführung einer Hundesteuer bewilligt wird.

(Beilage Nr. 29.)

Ich bitte den Herrn Referenten, den Bericht vorzutragen.

(Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Edler von Neupauer übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **German** (liest den Bericht und das Gesetz aus Beilage Nr. 29.)

Landeshauptmann-Stellvertreter: Wenn Niemand das Wort ergreift (Niemand meldet sich), ersuche ich jene Herren, welche das vorliegende Gesetz in der eben verlesenen Fassung anzunehmen gesonnen sind, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das Gesetz ist angenommen.

Wir gelangen nun zum

Bericht des Landes-Ausschusses, betreffend die nachträgliche Bewilligung zur Einhebung einer 36procentigen Umlage für den Bezirk Mariazell und das Jahr 1872.

(Beilage Nr. 30.)

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **German** (liest den Bericht und das Gesetz aus Beilage Nr. 30.)

Landeshauptmann-Stellvertreter: Die Debatte ist eröffnet. (Es meldet sich Niemand zum Worte.) Ich schreite daher zur Abstimmung.

(Das Gesetz wird hierauf unverändert angenommen.)

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der **Bericht des Landes-Ausschusses, betreffend die Einhebung einer Umlage auf die directen Steuern zur Deckung der Erfordernisse des Bezirkes Stainz in den Jahren 1873 und 1874.**

(Beilage Nr. 31.)

Ich bitte den Herrn Referenten, den Bericht vorzutragen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **German** (liest den Bericht aus Beilage Nr. 31.)

Landeshauptmann-Stellvertreter: Wünscht Jemand in der Generaldebatte das Wort?

Abgeordneter Graf **Kottulinsky** (G.-G.-B.): Ich möchte bloß zum Titel des vorliegenden Gesetzes einige Bemerkungen machen. Der Titel eines Gesetzes soll zwar kurz, aber möglichst vollständig den Inhalt des Gesetzes bezeichnen. Es ist auch bisher die Gepflogenheit eingehalten worden, daß in den Titeln von Gesetzen, womit Umlagen bewilligt worden sind, der Percentenbetrag der Umlage angegeben worden ist. Der Titel des vorliegenden Gesetzes heißt aber Gesetz, wirksam für das Herzogthum Steiermark, womit der Bezirksvertretung Stainz für die Jahre 1873 und 1874 die Einhebung einer Umlage auf die directen Steuern bewilligt wird.

Wir scheint nur, daß dieser Titel nicht vollständig genug ist, und ich erlaube mir daher, den Antrag zu stellen, daß der Titel folgendermaßen zu lauten habe:

„Gesetz vom . . . wirksam für das Herzogthum „Steiermark, womit der Bezirksvertretung Stainz „für das Jahr 1873 eine fernere Umlage „von 3 Percent und für das Jahr 1874 „die Einhebung einer Umlage von 41 Percent „auf die directen Steuern bewilligt wird.“

Landeshauptmann-Stellvertreter: Dieser Antrag hätte eigentlich in der Special-Debatte gestellt werden sollen. Ich werde ihn seinerzeit berücksichtigen.

Da Niemand mehr das Wort ergreift, erkläre ich die General-Debatte für geschlossen, und ersuche den Berichterstatter, das bezügliche Gesetz vorzulesen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **German** (liest das Gesetz aus Beilage Nr. 31.)

Landeshauptmann-Stellvertreter: Ich eröffne hierüber die Special-Debatte und stelle bezüglich des Abänderungsantrages des Grafen Kottulinsky die Unterstützungsfrage.

(Der Antrag Kottulinsky wird hinreichend unterstützt.)

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **German:** Mit Bezugnahme auf den vom geehrten Herrn Abgeordneten Grafen Kottulinsky gestellten Antrag erlaube ich mir zu bemerken, daß ich demselben nicht beipflichten kann. Der Titel eines Gesetzes soll kurz und übersichtlich sein, durch die Annahme des soeben gestellten Antrages würde jedoch der Titel beinahe schon das ganze Gesetz selbst enthalten. Dieses letztere wäre nur eine Wieder-

holung. Ich bin auch der Meinung, daß Niemand aus dem bloßen Titel des Gesetzes die Tragweite desselben wird entnehmen wollen, er wird vielmehr zu diesem Behufe das Gesetz selbst lesen.

Landeshauptmann-Stellvertreter: Ich bringe nunmehr den Text des Gesetzes sammt Eingangsformel in der vom Landes-Ausschusse vorgetragenen Fassung zur Abstimmung, und ersuche jene Herren, welche mit dem Gesetze lit. a. und b. sowie mit dem Eingange einverstanden sind, sich zu erheben. (Geschicht.) Das Gesetz ist angenommen.

Jene Herren, welche den Titel des Gesetzes in der vom Grafen Rottulinsky beantragten Fassung angenommen wissen wollen, ersuche ich gleichfalls, sich zu erheben. (Geschicht.) Der Titel des Gesetzes in dieser Fassung ist angenommen.

(Landeshauptmann Dr. Moriz v. Kaiserfeld übernimmt wieder den Vorsitz.)

Landeshauptmann: Die Tagesordnung ist hiemit erledigt. Ich ertheile Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter das Wort.

Statthalter Freiherr v. Ribea: Ich bin beauftragt, dem hohen Landtage eine Regierungsvorlage zu übergeben, enthaltend einen Gesetzentwurf, womit der erste Absatz des § 11 des für Steiermark erlassenen Realschulgesetzes vom 8. Jänner 1870 abgeändert wird. (Beilage Nr. 54.)

Indem ich diese Regierungsvorlage auf den Tisch des Hauses niederlege, bitte ich dieselbe der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen. (Ueberreicht die Vorlage dem Landeshauptmann.)

Landeshauptmann: Der Gesetzentwurf wird in Druck gelegt, und in verfassungsmäßige Behandlung genommen werden.

Es wurde mir ein Antrag (Beilage Nr. 53) vom Abgeordneten Grafen Plaz und Genossen überreicht. Derselbe lautet:

Antrag:

„Der hohe Landtag wolle beschließen, es werde „ein Ausschuß mit der Aufgabe betraut, die Ursachen „der überhandnehmenden öffentlichen Unsicherheit zu „erforschen, und die Mittel zur möglichsten Beseitigung dieses Uebelstandes in Vorschlag zu bringen.“

Der Ausschuß wird aus der Mitte des Hauses gewählt, und besteht aus sieben Mitgliedern.“

Graf Plaz.

Allinger.	Heinrich Graf d'Avernas.
Bärnfeind.	Rahr.
Alfred Graf d'Avernas.	Karlson.
Herman.	Weinhandl.
Dr. Lehmann.	

Der Antrag ist hinlänglich unterstützt. Ich werde denselben daher in Druck legen lassen, und dem Herrn Antragsteller das Wort zur Begründung desselben seinerzeit ertheilen.

Der Obmann des Petitions-Ausschusses ladet die Mitglieder dieses Ausschusses ein, unmittelbar nach der Sitzung im Locale des Finanz-Ausschusses sich zu versammeln.

Der Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten versammelt sich heute Nachmittag um 4 Uhr zu einer Sitzung.

Die Mitglieder des Grundbuch-Ausschusses werden zu einer Sitzung heute Nachmittag um 5 Uhr eingeladen.

Der Straßen-Ausschuß versammelt sich ebenfalls heute um 5 Uhr zu einer Sitzung.

Schließlich habe ich noch zu verkünden, daß der Finanz-Ausschuß Morgen Vormittag um 10 Uhr eine Sitzung halten wird.

Als nächsten Sitzungstag bestimme ich den Sonnabend, den 6. December, weil ich wünsche, daß der morgige Tag für die Arbeiten der Ausschüsse frei bleibe.

Auf die

Tagesordnung

stelle ich:

1. Wahl des Ausschusses zur Revision der Dienstboten-Ordnung.
2. Wahl eines Ausschusses für Landescultur-Angelegenheiten.
3. Bericht und Antrag des Landes-Ausschusses über die Verwendung des steiermärkischen Weisenfondes (Beilage Nr. 11).
4. Bericht des Landes-Ausschusses in Betreff der Verbesserung der Stellung des Wartpersonales der steiermärkischen Landes-Irrenanstalt (Beilage Nr. 25).
5. Vorlage des Landes-Ausschusses, enthaltend den Entwurf eines Gesetzes wegen Aufhebung des Art. II, Zahl 7, des Landesgesetzes vom 15. März 1866, bezüglich der Verpflegskosten des Krankenhauses von Radkersburg (Beilage Nr. 10).
6. Bericht des Landes-Ausschusses, betreffend die Jahresbezüge der Aerzte im allgemeinen Krankenhause (Beilage Nr. 37).
7. Rechnungsabluß des Schullehrer-Pensionsfondes pro 1872 (Beilage Nr. 36).
8. Bericht des Landes-Ausschusses wegen Bewilligung zur Leistung eines Beitrages aus Landesmitteln zur Herstellung der Stainz-Wald-Troger Straße (Beilage Nr. 42).

9. Bericht des Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, womit einige Bestimmungen der Gemeindeordnung für die Landeshauptstadt Graz abgeändert werden (Beilage Nr. 43).

10. Bericht des Landes-Ausschusses mit dem Antrage auf Genehmigung der Veräußerung eines Gemeinde-Vermögens der Stadtgemeinde Graz (Beilage Nr. 44).

11. Bericht des Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, womit der Bezirksvertretung Deutsch-Landsberg eine 38percentige Bezirksumlage bewilligt wird (Beilage Nr. 40).

12. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, womit der Ge-

meinde Radmer im Gerichtsbezirke Eisenerz die Erhebung einer 98percentigen Umlage auf die directen Steuern zur Deckung der Gemeinde-Erfordernisse pro 1874 bewilligt werden soll (Beilage Nr. 41).

13. Anträge des Finanz-Ausschusses zum Voranschlage pro 1874, betreffend Capitel IX „Landschaftliche Realitäten“ (Beilage Nr. 45).

14. Anträge des Finanz-Ausschusses zum Voranschlage pro 1874 und zum Rechenschaftsberichte, betreffend Capitel IV „Landeskultur“ und Capitel X „Gefälle“ (Beilage Nr. 46).

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 12 Uhr 45 Minuten.)